

Keine Allianz im Kampf um Mandate Die Rechts- bis rechtsextremistischen Parteien vor den Parlamentswahlen (3. Juni 2022)

Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl haben Marine Le Pen, Kandidatin des rechtspopulistischen *Rassemblement national (RN)*, Valérie Pécresse, Kandidatin der rechtskonservativen *Les Républicains (LR)* und Éric Zemmour, Kandidat der rechtsextremen Bewegung *Reconquête !*, zusammen 35 % der Stimmen erhalten. In aktuellen Umfragen zum Ausgang des ersten Wahlgangs der Parlamentswahl am 12. Juni liegen ihre Parteien bei einem landesweiten Stimmanteil von 37 %. Im Gegensatz zu den Parteien der Linken und der politischen Mitte haben sie aber keine Allianz geschlossen, um gemeinsam bei den Parlamentswahlen eine Mehrheit in der *Assemblée Nationale (AN)* zu erreichen. Aufgrund der Regelung, dass nur die drittplatzierten Kandidaten am zweiten Wahlgang teilnehmen dürfen, die im ersten mindestens 12,5 % der Stimmen aller Wahlberechtigten erhalten haben, müssen sie befürchten, dass viele ihrer Kandidaten im ersten Wahlgang ausscheiden werden und der Anteil ihrer Abgeordneten in der *AN* deutlich unter ihrem Stimmanteil am 12. Juni liegen wird.

Die *LR* haben wie schon 2012 und 2017 ein Wahlbündnis mit der rechten Zentrumsparterie *Union des démocrates et indépendants (UDI)* geschlossen, beide zusammen stellen in der *AN* zurzeit 120 Abgeordnete. Die Kandidaten der *LR* hoffen darauf, bei der Parlamentswahl von der breiten lokalen Verankerung ihrer Partei profitieren zu können, denn diese stellt weiterhin die meisten Bürgermeister Frankreichs und verfügt über die meisten Mandate auf regionaler und kommunaler Ebene. Viele ihrer Kandidaten distanzieren sich im Wahlkampf vom Programm von Valérie Pécresse, die im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl nur 4,8 % der Stimmen erhalten hat, und versuchen Themen von lokaler Bedeutung in den Vordergrund zu stellen, die sie in der *AN* für ihren Wahlkreis vertreten möchten. Laut einer am 3. Juni 2022 veröffentlichten Untersuchung kennen allerdings nur 40 % der Franzosen den Abgeordneten ihres Wahlkreises, 61 % der Befragten geben an, den Parlamentswahlkampf nicht oder nur kaum zu verfolgen. Beides deutet darauf hin, dass lokale Gegebenheiten und der Einsatz eines amtierenden Abgeordneten für seinen Wahlkreis sich nur in sehr geringem Maße auf die Wahlentscheidung der Wähler auswirken werden. Die *LR*- und *UDI*-Bewerber müssen außerdem befürchten, dass einige ihrer potentiellen Wähler schon im ersten Wahlgang den Kandidaten des Zusammenschlusses der Zentrumsparterien *Ensemble pour la majorité présidentielle* geben werden, um zu verhindern, dass das Wahlbündnis *Nouvelle Union populaire écologique et sociale (NUPES)* eine Mehrheit in der *AN* erhält.

Obwohl die *RN*-Kandidatin Marine Le Pen ihr Ergebnis im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl mit 41,5 % gegenüber 2017 deutlich steigern konnte, ist es ihr und ihrer Partei nicht gelungen, aufbauend auf diesen Erfolg eine dynamische Kampagne für den Parlamentswahlkampf zu entwickeln. Stattdessen äußerte Le Pen den im Hinblick auf ihr Wählerpotential bescheidenen Wunsch, die für die Bildung einer *RN*-Fraktion in der *AN* notwendigen 15 Mandate zu erreichen. Das vom Linksbündnis *NUPES* formulierte Ziel, durch eine Mehrheit in der *AN* die Politik von Präsident Emmanuel Macron beeinflussen zu wollen, hat ihre Partei nicht übernommen. Inzwischen strebt der *RN* an, mit mindestens 60 Abgeordneten im neu gewählten Parlament vertreten zu sein, ihren Wahlkampf konzentriert die Partei auf die 83 Wahlkreise, in denen Le Pen im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl mehr als 55 % der Stimmen erhalten hat. Die Kandidaten des *RN* sind in ihren Wahlkreisen aber meist kaum bekannt und wenig profiliert, Marine Le Pen ist die einzige Persönlichkeit des *RN*, die bei Wahlkampfauftritten viele Menschen begeistern kann. Ihre Wähler, von denen 80 % bei der Parlamentswahl den *RN*-Kandidaten in ihrem Wahlkreis stimmen wollen, sind enttäuscht darüber, dass ihnen die Partei keine positiven Perspektiven aufzeigt, die aus einem Wahlsieg des *RN* resultieren könnten. Dies könnte, wie schon 2017, zu einer vergleichsweise niedrigen Mobilisierung der Le Pen-Wählerschaft bei den Parlamentswahlen führen. 42 % der *RN*-Sympathisanten sehen es als verpasste Chance an, dass die Partei nicht auf den Vorschlag Éric Zemmours eingegangen ist, sich bei der Aufstellung der Kandidaten mit *Reconquête !* abzustimmen. Grund dafür könnte sein, dass der *RN* durch Kandidaturen in möglichst vielen Wahlkreisen einen möglichst hohen Betrag an öffentlicher Wahlkampfunterstützung erhalten möchte und zugleich verhindern will, dass sich eine zweite Partei am rechten Rand etabliert.

Neben dem *RN* haben auch *LR* eine Allianz mit der Bewegung *Reconquête !* des Präsidentschaftskandidaten Éric Zemmour abgelehnt, weshalb diese nun in fast allen Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten antritt, Zemmour selbst im vierten Wahlkreis des Départements Var. Da das Ergebnis Zemmours mit 7,1 % deutlich hinter den Erwartungen seiner Unterstützer zurückgeblieben ist, hat seine Bewegung viel von ihrer anfänglichen Dynamik eingebüßt, nur 64 % seiner Wähler wollen bei der Parlamentswahl für einen Kandidaten von *Reconquête !* stimmen. Viele ihrer knapp 130.000 Mitglieder beklagen die fehlende Wertschätzung ihrer Arbeit durch die Zentrale in Paris und engagieren sich deshalb kaum im Wahlkampf. Ihren Kandidaten werden nur sehr geringe Chancen eingeräumt, ein Mandat in der *AN* zu erringen, vorrangiges Ziel von *Reconquête !* könnte es sein, in mehr als 50 Départements mehr als 1 % der Stimmen zu erhalten, um 1,64 € pro Stimme als staatliche Unterstützungsleistung zu erhalten.